

Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung

Abgeordneter Björn Försterling, Susanne Victoria Schütz und Sylvia Bruns (FDP)

Wie sieht die Zukunft der beruflichen Bildung in Niedersachsen aus?

Anfrage der Abgeordneten Björn Försterling, Susanne Victoria Schütz und Sylvia Bruns (FDP) an die Landesregierung, eingegangen am 10.01.2018

Der Berufsschullehrerverband Niedersachsen hat zusammen mit dem Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen Niedersachsen ein Zehn-Punkte-Papier zur Stärkung der beruflichen Bildung in Niedersachsen verfasst, in dem die beiden Verbände zehn Forderungen an die neue Landesregierung richten. Unter anderem wird in dem Papier gefordert, dass die berufliche Bildung effektiver gesteuert werden und die Unterrichtsversorgung auf 100 % steigen solle sowie dass die Lehrer auf die Herausforderungen der Digitalisierung vorbereitet werden müssen.

Auch der Deutsche Gewerkschaftsbund hat sich im Zuge des Ausbildungsreportes Niedersachsen 2017 dahin gehend geäußert, dass dringend in die personelle und infrastrukturelle Ausstattung der Berufsschulen investiert werden müsse.

Durch die in der letzten Legislaturperiode vorgenommenen Regulierungen der Kompetenzen berufsbildender Schulen als Regionale Kompetenzzentren wurden zudem zahlreiche in der Transferphase nach dem Schulversuch ProReKo (2003 bis 2007) getroffene Übertragungsentscheidungen zurückgenommen oder eingeschränkt.

Ferner wurde die in § 112 a NSchG verankerte Verordnungsermächtigung zur Regulierung des gemeinsamen Budgets aus Landesmitteln und Schulträgermitteln (Globalbudget) für die Berufsbildenden Schulen bislang nicht genutzt. Damit sind die berufsbildenden Schulen entgegen dem Auftrag des Landtages (der Landtag hat in seiner 63. Sitzung am 18.02.2010 die Entschließung „Weiterentwicklung aller berufsbildenden Schulen in Niedersachsen zu regionalen Kompetenzzentren“ angenommen) immer noch nicht in der Lage, gemeinsame Schulbudgets aus Landesmitteln und Mitteln des Schulträgers zu bewirtschaften. Auch die im Schulversuch ProReKo ausgeklammerte Erprobung von intelligenten Arbeitszeitmodellen steht bis heute aus.

1. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung, um die Rahmenbedingungen für die duale Ausbildung zu stärken und so zukunftsfähig zu machen?
2. Wird die Landesregierung einen neuen und ergänzenden Schulversuch „Projekt Regionale Kompetenzzentren (ProReKo)“ initiieren?
3. Wie können die berufsbildenden Schulen zumal dann, wenn sie im Zuge des Masterplans zur Digitalisierung bestens mit Technologien aus dem Industrie-4.0- oder beispielsweise aus dem Geriatric-Kontext ausgestattet sein sollten, stärker mit bedarfs- und nachfrageorientierten Bildungsangeboten als Qualifizierungseinrichtungen zu Digitalisierungsthemen durch die regionale Wirtschaft genutzt werden?
4. Beabsichtigt die Landesregierung eine Aufteilung der beruflichen Bildung zwischen den Ministerien, wie es im Koalitionsvertrag im Bereich der Gesundheits- und Pflegeberufe - bis hin zu der curricularen Verantwortlichkeit - vorgesehen ist?
5. Wird die Landesregierung ein Gutachten zu der Frage der Rechts- und Organisationsform der beruflichen Bildung mit dem Ziel der Einrichtung eines landeseigenen Instituts für berufliche Bildung in Auftrag geben, wie von den beiden Verbänden gefordert?
6. Was wird die Landesregierung unternehmen, um die Unterrichtsversorgung in den berufsbildenden Schulen auf 100 % zu erhöhen?

7. Was wird die Landesregierung tun, um den Lehrermangel, besonders bei Mangelfächern an berufsbildenden Schulen, zu beenden?
8. Wann wird die Landesregierung Gespräche für eine neue Arbeitszeitverordnung für Lehrkräfte und Schulleitungen aufnehmen?

(Verteilt am 24.01.2018)